

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 220 Postulat Meier Anja und Mit. über keinen Platz für Hass und Hetze im Kanton Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Mario Bucher beantragt Ablehnung.
Anja Meier hält an ihrem Postulat fest.

Anja Meier: Hassrede ist längst keine abstrakte Bedrohung mehr. Sie ist zu einer gefährlichen Realität geworden, die uns an vielen Orten begegnet: auf der Strasse, in den sozialen Medien, in öffentlichen Debatten. Was oft als harmlose Äusserung anfängt, wird im digitalen Raum verstärkt, schürt Hass und Gewalt und untergräbt das Fundament unserer Demokratie. Mit meinem Postulat fordere ich die Regierung deshalb auf, zusammen mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren einen kantonalen Aktions- und Massnahmenplan gegen die zunehmende digitale und analoge Hassrede zu erarbeiten. Dieser soll Handlungsfelder wie Bildung, Sensibilisierung, Strafverfolgung oder Opferhilfe aufzeigen und auch die interkantonale Zusammenarbeit stärken. Laut Studie sind 5 Prozent der Bevölkerung direkt von Hassrede betroffen. 40 Prozent werden indirekt als Angehörige von bestimmten Gruppen angegriffen. Die Zahlen sind erschreckend. Besonders der Nahostkonflikt hat antisemitische und anti-muslimische Hassparolen jüngst verstärkt. Die Strafverfolgungsbehörden sind indes nicht immer genug über die Diskriminierungsstrafnorm informiert. Hassrede ist kein reines Onlinephänomen, sondern auch im öffentlichen Raum sichtbar, unter anderem durch das Zeigen von Hasssymbolen bei öffentlichen Veranstaltungen im Kanton Luzern. Die Regierung anerkennt den Handlungsbedarf. Sie will sich aber nur darauf beschränken, die interne Koordination zu stärken. Mit dieser Antwort habe ich zwei Probleme. Erstens, wieso ein Aktions- und Massnahmenplan nicht als zielführend erachtet wird, dazu liest sich leider keine Erklärung in der Stellungnahme. Zweitens unterschätzt die teilweise Erheblichkeit die Dringlichkeit des Themas. Eine blosser Koordination reicht angesichts der wachsenden Bedrohung durch Hassrede für unsere Rechtsstaatlichkeit, unsere Demokratie und die Gesellschaft einfach nicht aus. Hassrede ist zu komplex und vielschichtig, um mit blosser Koordination allein wirksam bekämpft zu werden. Ohne klare Strategie bleiben Prävention und Schutz lückenhaft. Nur ein konkreter Plan stellt sicher, dass Massnahmen sinnvoll, ineinandergreifend und auch nachhaltig wirken. Um gut wirken und koordinieren zu können benötigt man zuerst einen Plan, einen Aktions- und Massnahmenplan. Hass ist keine Meinung, sondern eine Form von Gewalt. Die Meinungsfreiheit schützt keine Beleidigungen, Drohungen oder diskriminierende Aussagen

aufgrund von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Hassrede verletzt, fördert Radikalisierung und physische Gewalt. Die Grenze zwischen Meinungsäusserung und Hassrede muss deshalb klar gezogen werden. Bei diesem Vorstoss geht es im Kern um das gesellschaftliche Klima, das wir gemeinsam gestalten wollen, ein Klima des respektvollen Zusammenlebens. Gerade auch in den heutigen Zeiten, in denen Techmilliardäre die Verbreitung von Hass und Desinformation beschleunigen und extremistisches Gedankengut immer salonfähiger wird, müssen wir dieser gefährlichen Entwicklung entgegenhalten. Wir können nicht einfach abwarten und hoffen, dass sich dieses Problem von allein löst. Wir haben deshalb heute die Verantwortung und die Möglichkeit, etwas zu tun und ein klares Zeichen zu setzen, dass Hass und Hetze im Kanton Luzern keinen Platz haben. Ein gezielter Aktionsplan würde aber nicht nur konkrete Massnahmen aufzeigen, sondern ein klares Bekenntnis abgeben für Vielfalt, Toleranz und einen respektvollen Dialog im Kanton Luzern. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Erheblicherklärung des Postulats.

Mario Bucher: Die SVP-Fraktion ist gegen jede Form von dialogen wie auch analogen Gewalt- und Hassanwendungen. Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen, so wie es in § 10 der Luzerner Verfassung geschrieben steht. Und auch hier wieder: Die Luzerner Justiz leistet einen guten Job, auch in Bezug auf digitale Straftaten. Es bestehen bereits Instrumente für die gezielte Vorgehensweise gegen Straftaten und man ist in ständiger Weiterentwicklung, Stichwort Digitalisierung. Im Postulat bezieht man sich ausdrücklich auf antisemitische Äusserungen und Aktionen vermehrt aus rechtsextremen Kreisen. Einfach, um es noch einmal deutlich zu machen: Wir sind gegen jede Form von Extremismus. Im Postulat wird zudem erwähnt, dass Hassrede Menschen in ihrer Würde herabsetzt, deren gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben infrage stellt und ihnen ihre Grundrechte abspricht. Links von der SVP gab mir während der Corona-Zeit jeder von Ihnen ebenfalls dieses Gefühl. Einfach, damit man sich manchmal selbst den Spiegel vorhält. Geschätzte Kantonsräte und Kantonsrätinnen, wenn Sie es mitbekommen haben, wissen Sie sicher auch, dass vor allem die linken Kreise einen Israel-Boycott ausgerufen haben, also eine antisemitische Handlung oder Aktion tätigen wollten. Es sind auch die linken Kreise, die immer wieder glauben, fremdes Eigentum in Besitz nehmen zu dürfen oder sich auf Strassen zu setzen, um ihren Willen zu erhalten, weisse Musiker dürfen keine Rastas tragen, Fleischesser sind böse, Verbrennungsmotoren sind des Teufels, Ferien mit dem Flugzeug gehören verboten, und alles, was uns nicht entspricht, wird mit allen Mitteln bekämpft. Zudem müssen sich jüdische Mitbürger auf der Strasse mehrheitlich vor den wachsenden Bevölkerungsgruppen aus ausserhalb Europas fürchten, was auch der SVP Sorge bereitet. Im Jahresbericht des Nachrichtendienstes des Bundes steht zudem ganz klar geschrieben, dass die Bedrohung von Hass und Gewalt gleichermassen von Rechtsradikalen wie auch islamistischen Dschihadisten und von Linksradikalen ausgeht. Also sind politisch und religiöse Extremisten alle gleichermassen eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Genau vor diesem Hintergrund stellen wir den Ablehnungsantrag. Das Postulat von Anja Meier ist nicht so neutral gestaltet wie ihr Votum, sondern es geht explizit nur darum, eine spezifische Gruppierung zu bekämpfen. Glauben Sie uns, wir wollen den Rechtsradikalismus auch verhindern, und genau aus diesem Grund ist es zwingend, dass wir alle politischen Ideologien mit einbeziehen, denn das eine ist die Tat des anderen. Wir danken Ihnen, wenn Sie die Wichtigkeit unseres Grundanliegens erkennen und deshalb auch den Ablehnungsantrag unterstützen.

Rahel Estermann: Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Mario Bucher hat ein feuriges Votum gehalten. Ich konnte ihm bis zu dem Moment folgen, dass Antisemitismus etwas ist, das es überall in den Gesellschaften gibt, links, in der Mitte und rechts. Das meine

ich nicht nur auf die Mitte als Partei bezogen, sondern auf die gesellschaftliche Mitte. Diesbezüglich gehe ich mit Mario Bucher einig. Ich finde, dass auf allen Seiten sehr viel Schlimmes geschehen ist. Danach ist Mario Bucher aber weit weg abgebogen, ich fange jetzt nicht damit an, wer nebst Klimaaktivistinnen und -aktivisten sonst noch Strassen blockiert, denn da gibt es nämlich auch ein paar andere Gruppen. Mario Bucher weiss, wen ich meine. Aber darauf gehen wir jetzt nicht ein. Ich möchte gerne über das eigentliche Problem sprechen, denn Mario Bucher ist etwas abgeschweift. Wir glauben, dass gerade jetzt ein guter Moment für einen aktiven Push, also einen Aktionsplan ist, und nicht einfach nur zu koordinieren, sondern wirklich sichtbar zu pushen, dass der Kanton Luzern gegen Hass und Hetze vorgeht. Aus meiner Sicht sprechen zwei Gründe dafür, der erste wurde bereits genannt. In den letzten drei Jahren mussten wir leider wieder vermehrt Kriege in unserer westlichen Welt oder im Nahen Osten zur Kenntnis nehmen. Das hat auch etwas mit uns gemacht, mit uns selbst. Es findet eine Verrohung der Öffentlichkeit statt und wir lassen uns von Konflikten spalten, die eigentlich an einem anderen Ort stattfinden. Ich glaube, das ist auch ein Zeichen dafür, dass wir uns besinnen, weil wir eigentlich nicht so miteinander umgehen wollen. Antisemitismus, aber auch andere problematische Entwicklungen, die aus diesem Krieg wurzeln. Das Zweite ist Social Media. Ich glaube, die Regierung ist auch der Ansicht, dass es sich dabei um ein Problem handelt. Diesbezüglich stimme ich Mario Bucher nicht zu. Ich glaube nicht, dass wir heute auf Social Media eine genügend gute Handhabe gegen Hass und Hetze haben. Das sagt auch die Regierung, man weiss heute nicht einmal, wohin man einen Brief schicken kann, wenn man auf TikTok, Instagram oder sonst irgendwo etwas anzeigen will. Das ist ein Problem. Ich wünsche mir auch, dass sich der Kanton Luzern an der Diskussion auf Bundesebene beteiligt, wie man solche Plattformen regulieren will. Dass diese die Grundrechte der Nutzerinnen und Nutzer schützen müssen, und vor allem, dass sie zugänglich sein müssen für juristische Verfahren in der Schweiz. Es sind auch die Luzerner Strafverfolgungsbehörden und die Luzerner Einwohnerinnen und Einwohner, die ein Problem haben, wenn man die eigenen Rechte nicht wahrnehmen kann. Ich wünsche mir, dass man sich dort auch eingibt, das könnte auch Teil eines solchen Aktionsplans sein. In diesem Sinn stimmen wir der Erheblicherklärung zu. Es ist wichtig, dass dieses Zeichen jetzt kommt und wir in den Respekt unserer Gesellschaft und in unser Zusammenleben investieren. Es ist ein guter Moment, um als Kanton voranzugehen.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Nach diesen sehr emotionalen Voten und feurigen Aussagen komme ich zurück zu den Fakten. Die Mitte-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu, den Antrag der SVP-Fraktion lehnen wir hingegen ab. Ja, Anja Meier, ich bin absolut Ihrer Meinung, Hassrede darf in unserer Gesellschaft nicht geduldet werden. Hassrede ist gefährlich, das beweisen immer wieder die vielen, auch jungen Personen, die sich dadurch radikalisieren lassen. Aber die Regierung hat ja auch zugegeben, dass die digitale Verbreitung der Hassrede fortgeschritten und es sehr schwierig zu beweisen ist, entsprechende Gesetze zu erlassen. Das hat auch Rahel Estermann in ihrem Votum bestätigt. Die entsprechenden Gesetze müssen meiner Meinung nach nicht in den Kantonen lanciert werden, sondern auf Stufe Bund. Der Kanton Luzern hat im Rahmen des Gleichstellungsberichts bereits diverse Massnahmen zur Bekämpfung von Hassrede eingeschlossen. Weiter befasst sich die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG) mit diesem Thema. Auch die Luzerner Schulen befassen sich im Rahmen des Lehrplans damit, dabei geht es um Online-Kommunikation, Chancen und Risiken beim Nutzen von sozialen Medien usw. Die Luzerner Polizei hat im August 2024 eine Präventionsfachstelle für Jugendliche ausgebaut und betreut diese. In diesem Sinn unternimmt der Kanton Luzern bereits viel gegen Hassrede und ihre Verbreitung. Wir erachten es aber als sinnvoll, dass die Regierung eine verstärkte

Koordination der genannten Stellen verstärkt und bereits bestehenden Aktivitäten angeht und die involvierten Stellen entsprechend vernetzt. Im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025–2028 wurden die entsprechenden Kosten bereits eingestellt. Die Notwendigkeit eines Massnahmenplans sehen wir nicht, die Kosten dafür würden wahrscheinlich auch ziemlich viel höher sein. Ich glaube zudem, dass die Erstellung eines solchen Massnahmenplans sogar zu einer zeitlichen Verzögerung führen könnte.

Franziska Rölli: Es ist besorgniserregend, wie Hassrede und Hetze in den letzten Jahren zugenommen haben, insbesondere auch im Internet. Es ist nicht akzeptabel, dass es der Polizei auch im Kanton Luzern teilweise an Kenntnis mangelt, wie mit strafbaren Äusserungen im Internet umgegangen werden muss. Wir sind froh, dass der Regierungsrat hier gleicher Meinung ist und sofort nach der Veröffentlichung des entsprechenden Berichts durch «Reflekt» die betroffenen Mitarbeitenden dementsprechend sensibilisiert hat. Es ist für uns ebenfalls wichtig, dass das Thema in den verschiedenen betroffenen Bereichen ein hohes Gewicht erhält und in den entsprechenden Berichten bereits Massnahmen definiert wurden. Wir teilen die Auffassung der Regierung, dass es jetzt keinen zusätzlichen Bericht braucht, der Massnahmen aus verschiedenen Berichten in einem zentralen Bericht zusammenfasst. Allerdings ist es wichtig, dass die bereits definierten Massnahmen entschieden umgesetzt und zwischen den betroffenen Bereichen Synergien genutzt werden. Zudem muss sofort reagiert werden, wenn auf nationaler Ebene endlich die bestehenden Gesetzeslücken geschlossen werden. Im Sinn der Einführung einer übergeordneten Koordination stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung zu. So kann der Effort zur Verhinderung von Hass und Hetze sofort verstärkt werden, was vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklungen zwingend nötig ist.

Patrick Hauser: Auch aus Sicht der FDP-Fraktion haben Hass und Hetze, egal von welcher Seite, keinen Platz im Kanton Luzern. Wir teilen aber die Meinung der Regierung, dass es keinen neuen Aktions- und Massnahmenplan braucht, sondern dass eine verstärkte Koordination ausreicht, gepaart mit dem gezielten Ausbau einzelner Aktivitäten. Wir sind auch froh zu erfahren, dass sich der Mehraufwand im bestehenden Budget kompensieren lässt. Die FDP-Fraktion unterstützt einstimmig die teilweise Erheblicherklärung und lehnt den Ablehnungsantrag ab.

Anja Meier: Zum Votum von Mario Bucher: Die Diskriminierungsstrafnorm und der Tatbestand der Hassrede sind neutral formuliert und genauso auch die Forderung des Postulats. Für die SP-Fraktion ist es klar, dass Hassrede jeglicher Form verwerflich ist, unabhängig davon, aus welcher Ecke sie kommt. Und ja, im Vorstoss sind in der Begründung Beispiele aufgezählt, unter anderem solche im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, das bedeutet aber nicht, dass andere Formen weniger relevant sind. Es sollte doch auch im Sinn der «Law and Order-Partei» SVP sein, hier ein Zeichen zu setzen.

Mario Bucher: Zum Votum von Anja Meier: Dann hätten Sie ja den Vorstoss entsprechend formulieren können. Sie haben halt schon sehr explizit nur die rechte Seite erwähnt. Wir haben kein Problem damit zu sagen, dass wir den Rechtsextremismus bekämpfen wollen. Ich habe aber von linker Seite noch nie eine Distanzierung in Bezug auf die Straftaten der JUSO und der linken schwarzen Blöcke vom 1. Mai gehört. Es fehlt halt schon ein wenig von Ihrer Seite zu zeigen, dass man alle Radikalen eingrenzen will. Zu den Techmilliardären: Bill Gates ist der Gute und ein anderer der Böse. Sie sollten sich schon entscheiden, ob alle anderen und der Westen irgendwie dieselben sind. Das zeigt aber, dass auch wir Oligarchen in der Wirtschaft haben und nicht nur der böse Osten.

Urban Sager: Zum Votum von Mario Bucher: Ich würde gerne wissen, weshalb die SVP-Fraktion nicht im Sinn der Regierung der teilweisen Erheblicherklärung zustimmt, denn

damit wird ja die ganze Breite aufgezeigt. Die geforderten Massnahmen entsprechen ganz klar ihrer Haltung, dass man Einschreiten muss und es ganz wichtig ist, ein Zeichen zu setzen. Dieser Ansicht sind auch alle anderen Parteien. Wir sind uns also einig, dass man etwas unternehmen sollte, das habe ich auch von Mario Bucher gehört. Deshalb sehe ich nicht ganz ein, weshalb die SVP-Fraktion nicht der teilweisen Erheblicherklärung zustimmen kann. Diese Begründung würde mich interessieren.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Wie bereits mehrfach gesagt, sind klare Regeln und Massnahmen gegen Hass und Hetze wichtig. Hier geht es auch um eine Haltung, dass wir Hassrede nicht tolerieren. Wenn wir nichts unternehmen, werden diese Zahlen steigen. Es macht schon nachdenklich, denn die bekannten Zahlen zeigen, dass bereits 5 Prozent der Bevölkerung von digitaler Hassrede betroffen sind und dass auch rund 40 Prozent indirekt betroffen sind über Verunglimpfungen einer Gruppe, der sie angehören. Deshalb ist für die Regierung klar: Hier haben wir eine Verantwortung und diese Verantwortung nehmen wir wahr, indem die Strafverfolgungsbehörden mit dem Thema schon vertraut sind und die Mitarbeitenden regelmässig geschult und sensibilisiert werden. Wir haben im Planungsbereich Gleichstellung Präventionskampagnen und Meldetools gegen Hassrede vorgesehen. Im Lehrplan der Schulen werden Verhaltensweisen in den sozialen Medien vermittelt, Cyber-Mobbing ist dabei auch ein Thema. Wie auch von Inge Lichtsteiner-Achermann erwähnt, ist die Fachstelle Prävention der Luzerner Polizei an Volks- und Berufsschulen gegen Extremismus und Radikalisierung aktiv. Die Wichtigkeit der Bekämpfung von Hass und Hetze ist den involvierten Stellen bewusst. Zahlreiche Massnahmen sind schon am Laufen, und aufgrund dieser laufenden Angebote und Massnahmen erachtet es die Regierung als nicht zielführend und wenig effizient, zum Thema Hass und Hetze einen spezifischen Aktions- und Massnahmenplan zu entwickeln. Sie haben nicht verstanden, weshalb das nicht zielführend sein sollte. Ein solcher Plan würde einen enormen Konzeptions- und Planungsaufwand für Massnahmen generieren, die grösstenteils bereits existieren. Es ist aber angezeigt, die bestehenden Massnahmen und die Akteure besser zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Im Rahmen dieser Koordination können die Massnahmen vertieft und gezielt ausgeweitet werden. In diesem Sinn beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 82 zu 29 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 89 zu 25 Stimmen teilweise erheblich.